

Vogtletter

In dieser Ausgabe:

Auf Seite 2 geht es um Löhne. Zum einen fordert Rolf Schwanitz **im Vogtland die Werbung mit Niedriglöhnen endlich einzustellen**. Zum anderen macht er klar, was von der **Absicht der neuen Regierungskoalition - sittenwidrige Löhne zu verbieten** - zu halten ist.

In seinem Kommentar auf Seite 2 sieht Rolf Schwanitz **schwere Zeiten auf die BA Plauen zukommen**.

Auf der dritten Seite wird über den **Landespartei-tag der sächsischen SPD** berichtet. Außerdem appelliert Rolf Schwanitz an die Bundes- und Landesregierung, noch mal **alle Kraft für die Erhaltung der ENKA in Elsterberg zu mobilisieren**.

Der **schwarz-gelbe Irrweg in der Gesundheitspolitik** und die **bitteren Pillen für die Versicherten** werden auf Seite 4 beschrieben.

Dass **die schwarz-gelbe Bundesregierung nicht mit Geld umgehen kann**, steht auf Seite 5.

Auf der letzten Seite schließlich bilanziert Rolf Schwanitz die **Postenvergabe in der neuen Bundesregierung** und stellt fest, dass **damit der Osten und das Vogtland geschwächt** werden. Außerdem sind hier einige **Termine von Rolf Schwanitz** zu finden.

Der schwarz-gelbe Zauber ist vorbei!

Jedem Anfang wohnt ein Zauber inne, schreibt Hermann Hesse. Nach der ersten Woche schwarz-gelber Koalition kann man nur sagen: diesem Anfang nicht! Wohl noch nie in der bundesdeutschen Geschichte hat bereits die Vorlage eines Koalitionsvertrages für soviel öffentliche Entrüstung gesorgt, wie dies bei der Merkel-Westerwelle-Truppe der Fall war. Zwar werden die meisten Themen nicht geklärt, sondern in Kommissionen vertagt. Aber dennoch ist die Aufregung groß. Und dafür gibt es Gründe: Obwohl alle wussten, dass die Steuersenkungspläne bei dieser Haushaltslage nicht zu verwirklichen sind, hält Schwarz-Gelb nun dennoch daran fest. Sie wollen alles auf Pump, finanziert durch unsere Kinder- und Enkelgeneration. Jedem Jugendlichen, der, obwohl über beide Ohren verschuldet, nun noch einen Konsumentenkredit für ein neues Auto nimmt, würde man ins unreife Kreuz treten oder bestenfalls Herrn Zweगत bestellen. Bei den Schwarz-Gelben wird diese pubertäre Untugend

nun zur Norm. In der Gesundheitspolitik rätseln die Koalitionäre noch immer, was sie eigentlich vereinbart haben. Soll der Fonds nun bleiben und nur geändert werden oder wird er ganz abgeschafft? Klar scheint dabei nur, dass die Versicherten künftig kräftig draufzahlen und der Osten der Verlierer sein wird. Alles, was an Mittelzuweisung durch den Gesundheitsfonds in die Versorgung der Versicherten im Osten geflossen ist, soll nun wieder nach Bayern oder ins Ländle umgelenkt werden. Es hilft wenig, wenn sich über beide Pläne nun die

CDU-Landes- und Kommunalpolitiker entrüsten. Vor allem ist diese Reaktion verlogen. Schließlich wird jetzt nur das umgesetzt, wofür CDU und FDP in den letzten Monaten auf allen Ebenen Wahlkampf gemacht haben und das bis hin zum letzten Landrat und Bürgermeister. Auch Merkels neues Kabinett und ihre eigene Wahl sind kein Aufbruchsignal – eher das Gegenteil. Mindestens 9 Koalitionsabgeordnete, wahrscheinlich aus der Union, haben Merkel bei der Kanzlerwahl ihre Stimme verweigert. Das ist ein klares Zeichen für Unzufriedenheit und Spannung innerhalb der CDU. Deren Reihen sind alles andere als geschlossen. Auch die neuen Schwachstellen im Merkel-Kabinett zeichnen sich bereits heute ab. Ein Arbeitsminister Jung, der schon auf seinem alten Posten schwach bis überfordert war und bei dem alle nur mit seiner Demission gerechnet hatten. Ein Herr Pofalla als Kanzleramtschef, der dafür außer seinem Ruf als Merkelfreund keinerlei Qualifikation mitbringt. Und der neue Shootingstar der FDP Dirk Niebel, der bisher im Parlament nur als Witzfigur in Erscheinung getreten ist. Noch nie gab es eine Eidesleistung eines Bundesministers, bei der im Parlament bei der Namensnennung Gelächter über mehrere Fraktionen hinweg hörbar war. Als Sozialdemokrat könnte man es sich einfach machen und sagen: Nun kriegen die Menschen jene Regierung, die sie auch mehrheitlich gewählt haben. Wie oft war der Vorwurf zu hören, es sei ja eh egal, wen man wähle, es ändere sich ja doch nichts. Dieser Vorwurf wird in vier Jahren wohl nicht mehr zu hören sein. Der SPD mag dies politisch helfen. Der Preis, den die Menschen jedoch dafür zahlen werden, ist zu hoch.



Die neugewählten Bundestagsabgeordneten stimmen ab
© Deutscher Bundestag/Lichtblick/Achim Melde

Werbung mit Niedriglöhnen im Vogtland endlich beenden

Bereits im Jahr 2008 kritisierten die Gewerkschaften die Werbung des Vogtlandkreises und der Stadt Plauen als Billiglohnstandort. Seitdem hat sich an dieser Praxis nichts geändert. "Der Dumpingfall Warwick und das damit verbundene Rumeiern des Landrates sollte nun Anlass sein, diese Negativwerbung endlich einzustellen", so Rolf Schwanitz zur jüngsten Debatte. Er wies darauf hin, dass ab Mai 2011 die von der rot-grünen Bundesregierung geschaffenen Schutzregelungen bei der Arbeitnehmerfreizügigkeit enden. Dann dürfen auch tschechische Arbeitnehmer über die Grenze pendeln und im Vogtland arbeiten. Zwischen diesem Sachverhalt und der Werbung des Vogtlandkreises für das tschechische Arbeitskräftepotential besteht ganz offenkundig ein Zusammenhang. Dies wirkt wie ein verstecktes Lohnsenkungs-

versprechen an die Wirtschaft im Vogtland auf tschechisches Niveau ab 2011. Eine solche Wirtschaftswerbung birgt nach Ansicht von Schwanitz sozialen Sprengstoff und ist menschlich unerträglich. Wohl auch deshalb wirbt keiner der anderen neun sächsischen Landkreise oder drei kreisfreien Städte in ihren Internetauftritten mit Billigarbeitskräften aus Tschechien. Nur der Vogtlandkreis präsentiert sich im Standortwettbewerb in dieser unsozialen Form. Schwanitz sagte: "Auch der Landrat sollte hier langsam zum Umdenken kommen. Wir brauchen in der Region motivierte Fachkräfte und eine stärkere Kaufkraft. Niedrige Löhne sind deshalb kein Standortvorteil, sondern eher ein Abwanderungssignal an die



vogtländische Jugend." Wer angesichts dieser Sachlage Werbung mit Niedriglöhnen betreibt, wie dies der Vogtlandkreis und die Stadt Plauen noch immer tun, schadet nach Ansicht von Schwanitz langfristig dem Wirtschaftsstandort und befördert den Rückzug der jungen Generation aus der Region. Dabei muss im Vogtland angesichts des demographischen Wandels genau das Gegenteil geschehen. Deshalb bleibt für Schwanitz auch die Forderung nach der Einführung gesetzlicher Mindestlöhne auf der politischen Tagesordnung.

Kurz kommentiert

Schwere Zeiten für BA Plauen

Die Feier zum 10. Geburtstag der BA Plauen ist vorbei. Es war eine würdige Feier. Dass die neue sächsische Wissenschaftsministerin diesen Termin selbst wahrnahm und danach noch den Schlossberg besichtigte, ist auch kein schlechtes Zeichen. Wer jedoch bei den Reden aufmerksam zugehört hat, dem blieben die düsteren Vorzeichen nicht verborgen. Da war zum einen Dr. Lenk, der in seiner Rede das Vogtland als mit Hochschulausbildungsplätzen nicht schlecht versorgt bezeichnete und der die BA lediglich als ein Anliegen der Stadt Plauen beschrieb. Eine deutliche regionale Botschaft an die neue Ministerin sieht anders aus. Auch die Staatsministerin selbst hat den weiteren Ausbau der BA Plauen eher mit einem Fragezeichen versehen. Ihr Hinweis, wonach die Wirtschaftskrise und die demographischen Ausfälle in ihren Folgen noch nicht absehbar seien und man deshalb nüchtern prüfen müsse, war nicht zu überhören. Hatte die frühere Staatsministerin Stange (SPD) noch im August betont, dass man für einen solide arbeitenden BA-Standort in Plauen die Studentenzahlen mindestens auf 600 verdoppeln müsse, so betonte ihre Amtsnachfolgerin von der CDU ausdrücklich, dass die BA in Plauen bereits heute (!) eine zukunftsfähige Stabilität erreicht habe. Das Signal der neuen Ministerin ist deshalb klar: Dem Ausbau der BA Plauen stehen schwere Zeiten bevor.

Rolf Schwanitz



Schwarz-gelbes Placebo in Sachen Mindestlohn

Der SPD-Bundestagsabgeordnete Rolf Schwanitz kritisierte die Pläne der schwarz-gelben Regierungskoalition beim Mindestlohn. Er sagte: "Was

das Duo Merkel-Westerwelle jetzt macht, nennt man in der Medizin ein Placebo. Eine Pille zur Beruhigung des Patienten, die jedoch keinerlei Wirkstoff enthält. Dieses politische Täuschungsmanöver ist ebenso perfide wie schäbig. Denn die Absicht, sittenwidrige Löhne per Gesetz zu verbieten, bringt für die Menschen keinen Fortschritt und ändert in den betroffenen Betrieben und Regionen nichts. Denn schon

jetzt sind sittenwidrige Löhne durch die Rechtsprechung klar untersagt." Nach Schwanitz Auffassung bringt es den Betroffenen keinen Vorteil, wenn man das bisherige Richterrecht nun ein weiteres Mal ins Gesetz schreibt. Für die rechtliche und soziale Lage ändert sich dadurch nichts. Die neue Koalition aus CDU und FDP macht für ihn eine Scheinaktivität in Sachen Dumpinglöhne und sichert zugleich ab, dass in Ausbeuterbetrieben so weiterverfahre werden kann, wie bisher auch.



Sächsische SPD wählt Martin Dulig



Rolf Schwanitz gratuliert dem neuen SPD-Landesvorsitzenden Martin Dulig

Am 24. Oktober 2009 fand in Dresden der außerordentliche Parteitag der sächsischen SPD statt. Zentraler Tagesordnungspunkt war die Wahl eines neuen Landesvorsitzenden. Außerdem wurde über die inhaltliche Ausrichtung der SPD diskutiert. Zum neuen Landesvorsitzenden wurde

Martin Dulig mit 74,2 Prozent gewählt. In seiner Antrittsrede betonte er, dass die notwendige Erneuerung der Partei nicht mit der Neuwahl des Landesvorsitzenden abgeschlossen

ist, viel mehr befindet sich die Partei in einem Prozess der Erneuerung. Die sächsische Sozialdemokratie muss nach Ansicht von Dulig raus aus den Nischen, rein ins Leben. Die Partei soll sich vor Ort mit anderen gesellschaftlichen Gruppen vernetzen und die Verankerung, gerade im ländli-

chen Raum, muss unterstützt werden. "Zum Initiativantrag wurde heftig diskutiert. Mit seiner Annahme haben wir ein Arbeitsprogramm für die nächste Zeit aufgestellt.", so Rolf Schwanitz, sächsischer Bundestagsabgeordneter und Landesparteitagsdelegierter. Schon im Vorfeld des Parteitages fanden sechs Diskussionsforen mit insgesamt 500 SPD-Mitgliedern statt. Viele Teilnehmer redeten dabei Klartext und packten Probleme auf den Tisch. "Die Geschichte der SPD ist geprägt von einer aktiven Diskussionskultur. Auf diese Kultur müssen wir uns besinnen, um unsere politischen Ideen weiterzuentwickeln.", so Rolf Schwanitz.

Kurz gemeldet

Sächsische Beschäftigtenquote auf 53 Prozent gestiegen

Im Dezember 2008 lag die Beschäftigtenquote in Sachsen bei 53 Prozent. Dies ist der höchste Dezemberwert seit 1996. Noch im Jahr 2005 lag die sächsische Beschäftigtenquote bei ihrem Tiefstwert von nur 47,6 Prozent. Die Beschäftigtenquote bezieht die sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Wohnort auf die Bevölkerung im Alter von 15 bis unter 65 Jahren, also die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter. Unter den sächsischen Landkreisen und kreisfreien Städten weist der Vogtlandkreis eine leicht überdurchschnittliche Beschäftigungsquote von 54,3 Prozent auf. Unter den vogtländischen Gemeinden weisen Theuma mit 66,4 und Tirpersdorf mit 65,2 Prozent Spitzenwerte auf.

Gesundheit in Ost und West

Das Robert Koch-Institut hat einen umfassenden Bericht zur Entwicklung der Gesundheitssituation in Ost und West seit 1989 vorgelegt. Danach lassen sich heute Unterschiede kaum mehr zwischen Ost- und Westdeutschland festmachen. Dies betrifft beispielsweise die häufigsten chronischen Krankheiten, Gesundheitsrisiken wie Konsum von Alkohol und Tabak, das Ernährungsverhalten, die körperliche Aktivität, die Qualität der gesundheitlichen Versorgung und im Ergebnis auch die Lebenserwartung. Der Bericht kann schriftlich kostenlos bestellt werden (Robert Koch-Institut, GBE, General-Pape-Straße 62, 12101 Berlin, E-Mail: gbe@rki.de, Fax: 030-18754-3513) und ist abrufbar unter www.rki.de/gbe.

Appell für ENKA an Bundesregierung und sächsische Staatsregierung

"Die Verantwortlichen in der Regierung des Bundes und des Freistaates Sachsen dürfen jetzt nicht einfach abtauchen. Der Vorschlag des Insolvenzverwalters zur Liquidation der ENKA muss für die Regierungen noch einmal Anlass sein zum Handeln." So kommentiert der Bundestagsabgeordnete Rolf Schwanitz (SPD) die Ankündigungen des Insolvenzverwalters Winkler. Schwanitz erinnerte daran, dass in den zurückliegenden Monaten viele hochrangige politische Adressen in Sachen ENKA ins Spiel gebracht wurden. Neben dem sächsischen Wirtschaftsminister hatte die Belegschaft Ministerpräsident Tillich anlässlich seiner Wandertour angesprochen und eine Unterstützungszusage erhalten. Die Elsterberger CDU hatte Bundeskanzlerin Merkel kontaktiert und der Landrat schrieb hilfesuchend an den

Chef des Bundeskanzleramtes, den heutigen Ost-Beauftragten, Bundesminister Thomas de Maiziere. Weder von Merkel noch von de Maiziere war seit dem zur ENKA irgendetwas in der Öffentlichkeit zu hören. Das letzte öffentlich vernehmbare Signal eines zuständigen Regierungsvertreters war der Besuch von Thomas Jurk bei der Mahnwache in Elsterberg Ende August. Schwanitz appelliert auch deshalb nachdrücklich: "Die Zeit bis Mitte November dürfen die Verantwortlichen in der sächsischen Staatsregierung und im Bundeskanzleramt nicht unge-

nutzt verstreichen lassen. Sie müssen jetzt für Elsterberg noch einmal alle Kraft in die Investorensuche stecken. Dazu fordere ich Staatsminister Morlok, Ministerpräsident Tillich, Bundesminister de Maiziere aber auch die Bundeskanzlerin nachdrücklich auf. Wenn dies verspasst wird, ist die letzte Chance für den Viskosestandort Elsterberg vertan."



Rolf Schwanitz und ENKA-Betriebsratsvorsitzender Klaus Wirth im Gespräch

Schwarz-gelber Irrweg in der Gesundheitspolitik

Im Koalitionsvertrag hat Schwarz-Gelb wesentliche Fragen auf die lange Bank geschoben. Dazu zählen Zukunft und genaue Ausgestaltung des Gesundheitsfonds, die Frage prozentualer oder pauschaler Arbeitnehmerbeiträge sowie die Umstellung der Pflegeversicherung auf eine Kapitalstockfinanzierung. Details sollen in Regierungskommissionen und interministeriellen Arbeitsgruppen geklärt werden. Damit wollen sich CDU, CSU und FDP über die NRW-Wahl retten. Dennoch enthält der vorliegende Entwurf in seinem Kernbereich bereits zahlreiche Vereinbarungen, die auf ein entsolidarisiertes Gesundheitssystem hinauslaufen. Unter weitgehender Aufgabe der paritätischen Finan-

zierung soll die Absicherung gesundheitlicher Risiken privatisiert werden. Die finanziellen Belastungen der gesetzlich Versicherten werden dadurch steigen. Zugleich sollen Versorgerkassen und ihre Versicherten in wirtschaftlich schwächeren Regionen wie in Sachsen benachteiligt werden. Im Verbund mit den geplanten Maßnahmen zur Stärkung der privaten Krankenversicherung ergibt sich damit eine Gesundheitspolitik, die mit einer Vergrößerung sozialer und regionaler Ver-



worfungen und einem Zurück zur Risikoselektion bei den Krankenkassen den Weg in die Zwei-Klassen-Medizin einschlägt. Schwanitz dazu: "Während Union und FDP ihr Klientel - vorrangig Ärzte, Apotheker, Pharmaindustrie - bedient haben, wird die Gesundheit der Versicherten künftig von Geldbeutel, Wohnort und Kassenart abhängen."

Vor 20 Jahren

2.11.1989: Der FDGB-Vorsitzende Harry Tisch erklärt seinen Rücktritt

4.11.1989: Größte Massendemonstration in der Geschichte der DDR in Berlin

6.11.1989: MfS-Chef Erich Mielke ordnet Aktenvernichtungen an

7.11.1989: Der Ministerrat der DDR tritt zurück

8.11.1989: Das SED-Politbüro tritt zurück

9.11.1989: Die Grenzen zur Bundesrepublik Deutschland werden geöffnet

11.11.1989: Der Abriss der Berliner Mauer beginnt

17.11.1989: 50.000 Teilnehmer bei Protestdemonstration in Prag

18.11.1989: Die DDR-Volkskammer bildet einen Untersuchungsausschuss zu Amtsmissbrauch und Korruption

20.11.1989: 200.000 Menschen haben den Aufruf des Neuen Forums zu freien Wahlen unterzeichnet

24.11.1989: Die tschechoslowakische KP-Führung tritt zurück

25.11.1989: In Plauen wird erstmals öffentlich die Wiedervereinigung gefordert

28.11.1989: Bundeskanzler Helmut Kohl legt einen Zehn-Punkte-Plan zur Überwindung der deutschen Teilung vor

30.11.1989: Die tschechoslowakische Regierung gibt die Demontage der Sperranlagen an der Grenze zur BRD bekannt

Bittere Pillen für gesetzlich Versicherte

Für die gesetzlich Versicherten hält der Koalitionsvertrag von CDU, CSU und FDP einige bittere Pillen bereit. So soll der Arbeitgeberanteil an den Beiträgen gesetzlich auf 7 Prozent eingefroren werden – die Arbeitnehmer übernehmen damit allein das Risiko steigender Beiträge. Die paritätische Finanzierung der Gesundheitsversorgung wird so zur Makulatur. Der Arbeitnehmeranteil wird um eine einkommensunabhängige Pauschale ergänzt oder sogar ganz in eine Kopfpauschale umgewandelt. Damit zahlt die Sekretärin den gleichen Beitrag wie der Bankdirektor. Zuzahlungen, Aufzahlungen, Eigenanteile und privat zu bezahlende Leistungen nehmen drastisch zu. Gesundheit wird so abhängig vom Geldbeutel. Die ge-

plante Ausweitung der Kostenerstattung bevorteilt Versicherte, die sich Vorkasse leisten können. Mit privaten Zusatzversicherungen sollen alle Leistungen oberhalb der Grundversorgung abgesichert werden. Einen umfassenden Schutz gibt es damit nur für die, die ihn sich auch leisten können. Die geplanten Korrekturen beim Gesundheitsfonds und die regionale Differenzierung bei Ausgaben und Einnahmen der Kassen führen zu bundesweit unterschiedlichen Beiträgen. Ein-

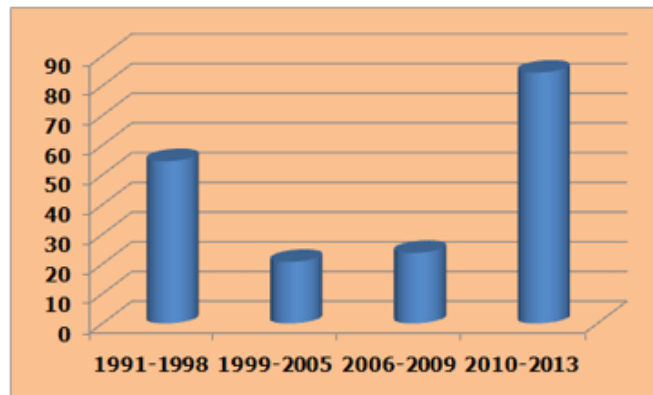
kommensstarke Regionen wie Bayern werden bevorteilt, schwächere Regionen wie Sachsen werden Nachteile haben. Die Gesundheitsversorgung hängt damit künftig auch vom Wohnort ab. Außerdem soll die Finanzierung der Pflegeversicherung um eine 2. Säule ergänzt werden, die die Versicherten alleine tragen müssen.



© Siggibau/pixelio.de

Schwarz-Gelb kann nicht mit Geld umgehen

Die schwarz-gelbe Koalitionsvereinbarung offenbart die Verantwortungslosigkeit der neuen Regierungskoalition in der Haushaltspolitik. Der Schuldenberg insbesondere für den Bund wird in dramatischer Weise vergrößert, kommenden Generationen werden unverantwortliche Lasten aufgebürdet. CDU, CSU und FDP beweisen damit klar, dass sie mit Geld nicht umgehen können. Konkret sieht die Koalitionsvereinbarung zum 1. Januar 2010 vor, bei der Unternehmensteuer die Verlustabzugsbeschränkungen und die Zinsschranke aufzuweichen und den gewerbesteuerlichen Hinzuverdienst bei Immobilien zu reduzieren. Bei der Erbschaftsteuer soll es einen neuen Steuertarif für Geschwister und Geschwisterkinder sowie eine Fristverkürzung und Absenkung der Lohnsummen bei einer Unternehmensfortführung geben. Bei der Umsatzsteuer soll der ermäßigte Satz von 7 Prozent auch für Beherbergungen bei Hotel und Gastronomie angewendet werden. Außerdem soll der Kinderfreibetrag auf 7.008 Euro und das Kindergeld um je 20 Euro erhöht werden. Zum 1. Januar 2011 soll dann bei der Einkommensteuer ein Stufentarif mit jährlichen Mindereinnahmen von 24 Mrd. Euro eingeführt



Vergleich des durchschnittlichen jährlichen Anstiegs der Schulden des Bundes unter verschiedenen Bundesregierungen (Angaben in Mrd. Euro, 2010-2013 auf Grundlage der Koalitionsvereinbarung)

werden. Darüber hinaus sollen Kommissionen die Abschaffung der Gewerbesteuer und weitere Änderungen bei der Umsatzsteuer prüfen. CDU, CSU und FDP wollen all dies ohne Gegenfinanzierung. Sie haben versucht, diese fehlende Gegenfinanzierung für Steuersenkungen über einen Schattenhaushalt zu tarnen. Die Verschuldung wird hochgefahren und das strukturelle Defizit vergrößert. Die Rechnung für die Steuergeschenke müssen die künftigen Generationen bezahlen. Die von CDU, CSU und FDP ausgelösten Steuerausfälle treffen aber nicht nur den Bund. Denn ein großer Teil der langfristigen Mindereinnahmen landet bei den Ländern und Kommunen (ab 2010 für die Länder mind. 2,5 Mrd. Euro, für die Kommunen

mind. 1,1 Mrd. jährlich, ab 2011 für die Länder mind. 10,1 Mrd. Euro, für die Kommunen mind. 6 Mrd. Euro jährlich).

Obendrein schwebt über den Kommunen noch das Damoklesschwert einer Abschaffung der Gewerbesteuer. CDU, CSU und FDP machen damit eine klar kommunalfeindliche Politik, konterkarieren das kommunale Investitionsprogramm und bedrohen den von der SPD erweiterten Handlungsspielraum für Betreuung, Bildung und Integration. Es fällt auch auf, dass CDU, CSU und FDP mit ihrer Koalitionsvereinbarung sorgfältig ausgesuchte Klientelgruppen bedienen und Privilegien wieder einführen, die zur Steuervermeidung einladen. So wird bei der Unternehmensteuer das Prinzip "niedrige Sätze, breite Bemessungsgrundlage" konterkariert. Zudem sind Steuersenkungen nur eine Seite der Medaille. Was CDU, CSU und FDP verschweigen, sind die massiv drohenden Abgaben- und Gebührensteigerungen bei Gesundheit und kommunalen Dienstleistungen. Von den geplanten Steuersenkungen profitieren hohe Einkommen am meisten. Die drohenden Abgabenlasten treffen aber Haushalte mit geringem Einkommen am schärfsten.

Kurz gemeldet

Geldvermögen der sächsischen Haushalte ist gestiegen

Nach Angaben des Statistischen Landesamtes verfügten über 90 Prozent der sächsischen Haushalte im Januar 2008 über Geldvermögen in Form von Sparguthaben, Bausparguthaben, Lebensversicherungen, Wertpapieren usw. Von 2003 bis 2008 hat sich das durchschnittliche Geldvermögen der sächsischen Haushalte um 28 Prozent von 26.600 Euro auf 34.000 Euro erhöht. Damit liegt Sachsen etwas über dem Durchschnitt der neuen Bundesländer einschließlich Berlin-Ost (32.600 Euro), jedoch unter dem deutschlandweitem Durchschnitt von 53.500 Euro.

Über 21.000 Menschen im Vogtland haben mir bei der Bundestagswahl ihre Stimme gegeben. Für dieses Vertrauen möchte ich mich ganz herzlich bedanken. Es wird mich bei meiner künftigen Arbeit in Berlin bestärken. Ich werde den Auftrag der Wähler annehmen und für die Ziele der SPD mit aller Kraft aus der Opposition heraus kämpfen: Für einen gesetzlichen Mindestlohn, die Wahrung der Arbeitnehmerrechte und ein solidarisches Gesundheitswesen. Ganz besonders bedanke ich mich an dieser Stelle auch bei den vielen engagierten Wahlkampfhelfern, die mich in den Wochen des Wahlkampfes auf vielfältige Weise im Vogtland unterstützt haben. Ich hoffe, dass wir gemeinsam künftig wieder erfolgreichere Wahlkämpfe bestreiten werden.

Ihr

Paul Schwanitz



Rolf Schwanitz MdB

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel: 030-22777937
Fax: 030-22776937
rolf.schwanitz@bundestag.de

Freiheitsstr. 13
08523 Plauen
Tel: 03741-134118
Fax: 03741-708483
rolf.schwanitz@wk.bundestag.de

**Sie finden mich auch
im Internet:**

www.rolf-schwanitz.de

**Aus dem Terminkalen-
der von Rolf Schwanitz:**

10.11.2009, 9 Uhr, SPD-
Bundestagsfraktion

10. bis 12.11.2009, Plenar-
sitzungen des Deutschen
Bundestages

16.11.2009, 14 Uhr, Präsi-
diumssitzung SPD-Sachsen
in Dresden

17.11.2009, 12 Uhr, Be-
such Lebenshilfe Plauen

17.11.2009, 18 Uhr, Beirat
Fanprojekt Plauen

19.11.2009, 10 Uhr, Kon-
stituierende Sitzungen der
Arbeitsgruppen der SPD-
Bundestagsfraktion

19.11.2009, 12 Uhr, SPD-
Bundestagsfraktion

19.11.2009, 19 Uhr, SPD-
Ortsverein Plauen

**Die nächsten Bürger-
sprechstunden:**

Zur Zeit finden die Sprech-
stunden von Rolf Schwanitz
nur nach individueller
Terminvereinbarung statt.
Anmeldungen können tele-
fonisch oder auf der Ho-
mepage von Rolf Schwanitz
vorgenommen werden.

Postenvergabe in neu- er schwarz-gelber Bun- desregierung schwächt den Osten und das Vogtland

Die Postenvergabe in der schwarz-gelben Bundesregierung bedeutet nach Auffassung des Bundestagsabgeordneten Rolf Schwanitz (SPD) eine klare Schwächung des Ostens und des Vogtlandes. Zum einen wird es keinen Bun-

ändert daran nach Auffassung von Rolf Schwanitz nichts. "Konsequenterweise hätte Merkel dann den Aufbau Ost zur Chefsache machen und ihn direkt ins Kanzleramt zurückholen müssen. Ich fordere sie dazu ausdrücklich



Ostdeutsche sind in der neuen schwarz-gelben Bundesregierung unterrepräsentiert
© Deutscher Bundestag/Lichtblick/Achim Melde

desminister mehr mit einer Ostbiographie geben. "Ein so westlastiges Bundeskabinett hat es seit 1990 noch nie gegeben" kommentiert Rolf Schwanitz diese Personalentscheidung. Dass Thomas de Maiziere viele Jahre als Westimport in Sachsen gearbeitet hat, ändert daran gar nichts, so der Abgeordnete weiter. Den Aufbau Ost deshalb ins Bundesinnenministerium zu verweisen, ist sachfremd und bedeutet eine klare politische Abwertung der ostdeutschen Interessen im neuen Bundeskabinett. Merks Hinweis, dies sei alles nicht so schlimm, denn sie selbst komme ja schließlich aus dem Osten,

auf", so Rolf Schwanitz weiter. Auch aus vogtländischer Sicht ist die Personalauswahl der schwarz-gelben Bundesregierung ernüchternd. Zum ersten Mal seit vielen Jahren wird das Vogtland keinen eigenen Vertreter mehr in der Bundesregierung haben. Das, was im Dresdner Kabinett schon immer bittere Realität war, wird nun auch in der Bundesregierung zum Normalzustand. Weder Herr Hochbaum noch Herr Günther wurden mit dem Amt eines Parlamentarischen Staatssekretärs bedacht. Dazu war Herr Hochbaum offensichtlich in der eigenen Fraktion zu unbedeutend und Herr Günther zu alt. Dies

Freche Strolche



An dieser Stelle steht normalerweise das Gespräch unserer beiden frechen Strolche. Leider müssen wir heute darauf verzichten, denn Maxe und Moritz haben sich völlig zerstritten. Sie konnten sich nicht darauf einigen, ob sie an dieser Stelle über mehr Freiheit durch Kopfpauschalen und Selbstbeteiligung in der Arztpraxis, Steuersenkungen auf Pump, die PKW-Maut, die Impfpfirouetten des neuen Gesundheitsministers, das Verkehrsprogramm Aufbau West, Merks Gastgebergeschenk aus der USA-Reise oder einfach nur über den neuen Bundesminister Niebel reden sollten. Wir bedauern das sehr.

Die Redaktion

ist eine klare Schwächung des Vogtlandes innerhalb der Bundesregierung. Das direkte Einspeisen vogtländischer Interessen über ein Regierungsmitglied ist somit künftig unmöglich. "Angesichts dieser Schwächung fordere ich den neuen Bundesverkehrsminister ausdrücklich auf, für das wichtige Projekt der Göltzschtalumgehung dennoch das notwendige Geld pünktlich zur Verfügung zu stellen. Der erste Lackmustrast wird deshalb sein, ob nach Abschluss des Planfeststellungsverfahrens auch unter Schwarz-Gelb der Neubau der Strecke pünktlich in 2010 beginnen kann.", so Rolf Schwanitz.